

Asylflut stoppen – Ja zum Asylgesetz



Adrian Pulver,
SD-Zentral-
sekretär, Bern

Spannungen lagen in der Luft und Konflikte entbrannten, als damals in den 90er-Jahren die Schweiz von einer riesigen Immigrationswelle heimgesucht wurde. Der Krieg im Balkan führte Tausende von Asylbewerbern über die hiesigen Landesgrenzen, wobei man eine stattliche Anzahl dieser Gesuche bewilligt hatte. Die gesellschaftlichen Probleme sind teilweise bis heute spürbar. Die Nullerjahre brachten sodann eine andere Form der Zuwanderung, die jedoch quantitativ betrachtet um ein Mehrfaches ergiebiger war. Die Personenfreizügigkeit ist sicherlich das Hauptventil des stetigen Bevölkerungswachstums und dennoch stellte die Schweiz auch immerzu ein Standort für Scheinflüchtlinge aller Art dar. Diese Erkenntnis erhärtete sich spätestens während dem Arabischen Frühling im Jahr 2011 von neuem. Die Bedenken sollten nicht unbegründet bleiben. **Danach schnellten die Gesuchszahlen in die Höhe und die verantwortlichen Ex-**

POSTCODE

AZB 3001 Bern

ponenten aus der Politik und der Verwaltung wurden von dieser Tatsache sichtlich überrascht.

Anstatt entsprechende Infrastrukturen bereitzustellen, sprach man von humanitärer Tradition.

Nachdem nun letztes Jahr gegen 29'000 Anträge eingingen, beschloss das Parlament dann doch noch diese dringlichen Massnahmen als Teilrevision des Asylgesetzes. Da rot-grüne Kreise das Referendum ergriffen haben, befindet jetzt das Schweizer Stimmvolk über diese Reform.

Bundeszentren – ein erster Schritt

Eine grundsätzliche Neuerung besteht darin, dass fünf sogenannte Bundeszentren (zentrale Vollzugsstandorte) geschaffen werden sollen. Diese verfügen über maximale Kapazitäten von je 6000 Plätzen. Bei dieser Praxis dient das niederländische Modell als Vorbild. **Eine zentrale Behandlung muss neben effizienteren Abläufen auch verstärkte Sicherheitsmassnahmen gewährleisten können.** Hingegen verbleibt eine wesentliche Gesetzeslücke, die aufgrund der momentanen Mehrheitsverhältnisse in den Räten nicht geschlossen werden kann.

In den vergangenen Jahren hat der Bund mehrere Gemeinden geradezu zur Aufnahme von Flüchtlingen genötigt.

Lange vor der aktuellen Invasion sollte die Waadtländer Gemeinde Vogelges-La Mothe mit zirka 120 Einwohnern etwa eine identische Anzahl an Asylbewerbern aufnehmen. Vor zwei Jahren verpflichtete man Wassen im Kanton Uri auf dieselbe Weise. 450 Einwohner



Zentrale Unterbringungsmöglichkeiten sind effizienter und gewähren eine schnellere Ausreise.

standen 90 Asylsuchenden gegenüber, was ungefähr 20% ausmacht. Das bekannteste Beispiel stellt aber der in den Medien intensiv behandelte Fall von Bettwil (Kanton Aargau) dar. **Wiederum stand die Anzahl der erwarteten Kandidaten (140 Personen) in einem krassen Verhältnis zur gesamten Einwohnerzahl.** Sämtliche Gemeinden wehrten sich geschlossen, sowohl die kommunalen Behörden als auch die Bevölkerung, gegen diese Vorhaben. Es kam zu massiven Auseinandersetzungen mit Bund und Kantonen, sodass letztlich von

den Projekten abgesehen wurde. Die heutige Handhabung bildet somit für manchen Bürger eine reine Schikane, zumal sich das Sicherheitsempfinden in seinem engsten Lebensraum verschlechtern könnte. 40% aller Gesuche will der Bund somit weiterhin an die Kantone verteilen. Es ist von höchster Priorität, dass weitere gesetzliche Beschlüsse davon endgültig absehen. Die Bundeszentren stellen jedoch einen Schritt in die richtige Richtung dar.

Fortsetzung Seite 2

Mit neuem Parteiprogramm in die Zukunft

An der ausserordentlichen Delegiertenversammlung von Ende März haben die Schweizer Demokraten (SD) ein neues Parteiprogramm verabschiedet. Dieses ist in die vier Kapitel «Nationales», «Ökologie», «Soziales» und «Patriotische Wirtschaftspolitik» unterteilt und enthält neben grundlegenden Forderungen auch konkrete Lösungsansätze. Mit dieser gewählten Kombination der politischen Leitbegriffe positionieren sich die SD noch gezielter als eigenständige Kraft, die jenseits des starren rot-grünen und bürgerlichen Einheitsblocks einzuordnen ist...

(Mehr zu diesem Thema finden Sie auf Seite 4.)

Ihre SD-Parteileitung

**Stoppen wir die Invasion von Wirtschaftsflüchtlingen. Ja zur Änderung des Asylgesetzes!
(Urnengang vom 9. Juni 2013)**

Asylflut stoppen – Ja zum Asylgesetz*Fortsetzung von Seite 1***Exzessive Zunahme – kaum echte Flüchtlinge**

Ein weiterer Teil der Revision betrifft die hohe Quantität an sogenannten Botschaftsgesuchen. **Diese verwaltungstechnische Variante für die Gesuchseinreichung wurde in Europa bisher nur noch von der Schweiz aufrechterhalten und führt zu einer unnötigen Attraktivitätssteigerung.** Da die Anerkennungsquote von 2006–2012 mit 4,5% sehr tief liegt, lassen sich die Ängste bezüglich Abweisung von ernsthaft bedrohten Menschen rasch aus der Welt schaffen. Der damit verbundene administrative Aufwand steht daher auch in keinem Verhältnis zum Nutzen.

In Ländern mit Kriegswirren hat es oft keine Schweizer Botschaft, sodass trotzdem eine Teilflucht ins Nachbarland von Nöten wäre. Zudem bestünde dann möglicherweise in diesen Staaten gar keine Verfolgungsgefahr mehr.

Seit 2011 hält das ostafrikanische Eritrea den Spitzenplatz bei der Asylumigration. Libyen machte lange Zeit gute Geschäfte mit der Seeroute nach Italien, worauf 2011 eine exorbitante Zunahme an Begehren von 86,5% zum Vorjahr verzeichnet wurde. Ungefähr drei Viertel (etwa 2500 Personen) von den 3300 im Jahr 2011 aus diesem Land eingewanderten Asylbewerbern haben die Behörden aufgenommen. **Danach führte der viel zu moderat geregelte Familiennachzug dazu, dass 2012 eine erneute Erhöhung der Antragszahlen um 31% eintrat. Die eidgenössischen Räte verpassten die Chance für eine entsprechende Einschränkung, zumal sogar vorläufig Aufgenommene (Ausweis F) davon profitieren.** Ein weiterer quantitativ ergiebiger Staat ist Nigeria (im Jahr 2012 eine Zunahme von 45% gegenüber dem Vorjahr),

wobei hier der nächste Missstand zum Tragen kommt. Wie bei Eritrea und fast allen übrigen afrikanischen Ländern kommen diese Leute mit Schleppern über das Mittelmeer vorerst in einen Drittstaat und dann in die Schweiz. Wenn die Rückführung in das vorherige Land mithilfe des Dubliner Abkommens immer problemlos vonstatten ginge, so könnten die Gesuchszahlen verschwindend klein gehalten werden. Die Schweiz stellt allgemein vergleichsweise grosszügige Leistungen zur Verfügung.

Daher gilt es, Wiedererwägungs- und Mehrfachgesuche zu untersagen, was jedoch in der Vorlage nicht enthalten ist.

In Südeuropa verrichteten viele dieser Nigerianer Schwarzarbeit. Beim Ausbruch der Wirtschaftskrise war wiederum die Schweiz ein sicherer Hafen. Das wohl grösste Problem befindet sich bei den nordafrikanischen Immigranten, allen voran Tunesiern. Trotz der Abnahme spielen die Nachwehen des Arabischen Frühlings mit 2239 Gesuchen (2012) nach wie vor eine gewichtige Rolle.

Dabei handelt es sich um Bürger eines wirtschaftlich bis anhin stabilen Schwellenstaates, der vielen Personen nicht die erhofften Wohlstandsperspektiven bescherte.

Mit der angestrebten Effizienzsteigerung müssten vor allem diese Wirtschaftsflüchtlinge rasch ausgewiesen werden können. Ein weiteres Instrument der Revision betrifft Änderungen in Sachen Definition des Flüchtlingsbegriffs. Desertion und Wehrdienstverweigerung sollen nicht mehr als alleiniger Asylgrund gelten. Damit findet eine Reduktion bei lediglich wenig bedrohten Kriegsflüchtlings statt.

Kriminalität im Überfluss

Der Umgang mit renitenten Asylbewerbern unterliegt ebenfalls ei-

ner neuen Regelung. **Die um 39% angestiegene Kriminalität im Asylbereich gehört nicht zuletzt aufgrund der langen Verfahren zu den Haupt Sorgen der Schweizer Bürger.** Teilweise folgten in kurzer Zeitspanne mehrere Schlagzeilen aufeinander. **Deshalb will man problematische Asylsuchende in speziell dafür eingerichteten Zentren unterbringen.** Solche Einrichtungen erzeugen ihre Wirkung jedoch nur, wenn die Formalitäten bezüglich Rückführung gegeben sind. Dabei benötigt es immer die einwandfreie Kooperation des entsprechenden Heimatstaates.

Am meisten Delikte, welche primär das Strafgesetzbuch betreffen, wurden 2012 von Tunesiern (1267 Beschuldigte), Marokkanern und Algeriern, auch hohe Anzahl an Asylgesuchen, begangen.

Dabei gewichten vor allem Diebstähle und Einbrüche. Des Weiteren spielen Nigeria und Tunesien bei den Drogendelikten (550 respektive 400 Beschuldigte) eine grosse Bedeutung. Hierbei sollte schliesslich die letzte Massnahme dieses Gesamtpaketes ihre Wirkung erfüllen. Wenn eine Beschäftigung vorgegeben wird, so schwindet die Gefahr, in die Kriminalität abzugleiten. Der Bund leistet für solche Arbeitsprogramme finanzielle Unterstützung und die Standortgemeinden erhalten auf diese Weise eine Gegenleistung.

Die Senkung der Gesuchszahlen respektive die Verhinderung der Einwanderung und des darauf folgenden Aufenthalts bleiben jedoch die Hauptziele.

Ziel ist noch nicht erreicht

Die guten Absichten dieser kurzfristigen Teilrevision des Asylgesetzes bringen die vielschichtigen Probleme nicht automatisch zum Verschwinden. Obwohl die allgemeine Anerkennungsquote ver-

gleichsweise tief ist und die Gesuche in manchen Fällen, so zum Beispiel bei Anträgen aus Balkanstaaten (Aufhebung der Visapflicht), bereits effizienter behandelt werden, **stieg die Anzahl von neuen Begehren letztes Jahr nochmals um 27% an.** Dazu kommt eine exorbitante Zunahme der Kriminalitätsrate. **Illegale Einreisen sind mittels Grenzkontrollen effektiver zu bekämpfen. Dafür wäre ein Austritt aus dem Schengenraum nötig.** Bei 70–80% der Gesuchsteller handelt es sich zweifelsohne um Wirtschaftsflüchtlinge.

Die Schweiz liegt im europäischen Vergleich punkto Asylbegehren auf einem Spitzenrang.

Eine durchaus nicht allzu kleine Menge bilden die ungefähr 7148 Personen, die unsere Behörden im Rahmen einer vorläufigen Aufnahme, aufgrund einer fremdenpolizeilichen Regelung oder eines Härtefalls aufgenommen haben.

Solche Personen bekommen ein unbeschränktes Recht auf Familiennachzug, was letztendlich zu einem endgültigen Verbleib führen kann.

Ja zum Wohle der Bürger

Trotz fehlender zusätzlicher Verschärfungen ist die Annahme der Vorlage von grösster Wichtigkeit, sodass sämtliche Asylprozesse beschleunigt werden und jegliche Aufenthaltsdauer höchstens fünf bis sechs Monate beträgt. Des Weiteren muss die Anzahl an Gesuchen wieder abnehmen. Sobald sich die Verantwortlichen der entsprechenden Staaten weigern, **ihre Flüchtlinge zurückzunehmen, sind bestehende Entwicklungsgelder zu kürzen oder zu streichen.** Setzen wir also nach der erfolgreichen Annahme der letzten Revision im September 2006 erneut ein kräftiges Zeichen und sagen am 9. Juni 2013 Ja zu den dringlichen Änderungen des Asylgesetzes.

Der Blick in die Zukunft macht wenig Freude!

Teil 1

Die Krisenmeldungen aus dem Euro- und dem Dollarraum jagen sich. Die Brüsseler Magistraten und zahlreiche Regierungen, nicht nur die amerikanische, auch die EU-Regierungen und unsere eigene «Regierung», scheinen zu keinen wirklichen Entschlüssen mehr fähig zu sein. **Sie planen respektive**

ergreifen Massnahmen, welche für die kommenden Monate und Jahre Schlimmes befürchten lassen.

– Unbekümmert um die brachliegenden Ressourcen und die destabilisierende Arbeitslosigkeit, insbesondere der Jugendlichen, in den südeuropäischen Ländern werden vom IWF und der EZB rigorose Spar- und sogar Enteignungsmassnahmen durchge-

drückt (Griechenland, Spanien, Italien usw.).

– Die USA führen ihre imperialistische Politik gegen Freunde (Schweiz, Grossbritannien, Deutschland, Österreich et alii) ebenso wie gegen Feinde (Russland, Brasilien, Indien, China et alii) weiter, **unbekümmert um die eigene unbezahlbare Verschuldung.**

– Zur Rettung der Krisenverursacher in und ausserhalb Zyperns sollen neuerdings sogar die Sparrer zur Kasse gebeten werden. Wenn die 27 Finanzminister handstreichartig eine Enteignung von 7 bis 10 Prozent der dortigen Bankeinlagen beschlossen haben – zeigt dies, was noch auf uns zukommen kann.

– Der amerikanische Präsident



In Zypern werden sogar einfache Bürger um ihr Geld gebracht. Neue Dimensionen in dieser jahrelangen Wirtschaftskrise (Machtballung).

und Friedensnobelpreisträger Barack Hussein Obama betätigt sich als Ankläger, Richter und Henker (gezielte Tötungen sogar von US-Bürgern mit Drohnen!) ohne Gerichtsverfahren und also ohne jede Befugnis. **Derselbe bricht Versprechen ohne Zahl – wie beispielsweise die Aufhebung von Guantánamo, die Beendigung der Kriege der Geheimdienste usw.**

– Trotz drohendem Kollaps der geltenden Finanzordnung mit der de facto wertlosen Dollarwährung hält die Weltmacht im Eigeninteresse und im Interesse der Hochfinanz eisern an dieser profitablen Unordnung fest.
– Und «last but not least» – noch immer werden die Lösungen aller Probleme über ein materielles Dauerwachstum angestrebt und erwartet, wobei die Völker mit Hilfe von wahren Lügenorgien für dumm verkauft respektive ruhig gestellt werden sollen.

Weltpolitik auf Irrwegen

Diese pessimistischen Feststellungen rufen nach einer grundsätzlichen Diskussion der politischen Lage. Andere und wir haben diese zwar schon vor über dreissig Jahren geführt. Damals waren wir die belächelten Rufer in der Wüste. Inzwischen sind die Folgen nicht mehr übersehbar. Immer mehr Analysen der Entwicklung der gesamten Menschheit führen unbestritten zur Schlussfolgerung, dass sie eine lange Vergangenheit aber nur noch eine sehr kurze Zukunft vor sich hat. Es sei denn, sie sei bereit, grundsätzliche und einschneidende Änderungen in der gesamten Wirtschafts-, Bevölkerungs- und Sozialpolitik rechtzeitig vorzunehmen. **Diese dramatische Beurteilung basiert auf der Tatsache,**

dass in einem begrenzten, endlichen Raum mit zum grössten Teil nicht oder nicht genau bekannten aber sicher erschöpfbaren Vorräten und Regenerationsmöglichkeiten so getan wird, als ob mit durchwegs unendlichen Dimensionen gerechnet werden könnte. Diese Diskrepanz zwischen Entwicklung und realen Möglichkeiten führt mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit zu Krisen von kaum vorstellbarem Ausmass. Mit der heutigen Politik – der vorrangigen Symptombehandlung (zum Beispiel bei der Staatsverschuldung, dem Umweltschutz, in der Medizin usw.) wird dabei lediglich der Zeitpunkt generell und individuell verheerender Krisen etwas hinausgeschoben; – der Entwicklungshilfe, der profitgesteuerten globalen Produktionsverlagerungen, sowie der kanonenbootgestützten Durchsetzung nationalistischer Wachstumsziele wird die Zeitspanne für nachhaltige Verhinderung und Lösung weitreichender Staatskrisen kurzsichtig verkürzt.



Steigende Ansprüche und schwindende Ressourcen – menschliche Existenz beginnt im Kleinen!

Menschliche Identität vom Profit geprägt

Für unser – wie für jedes Volk – stellt sich die Frage, in welchem Zustand es in die Zeit der Prüfungen eintreten wird. Gewiss scheint, dass die Chancen zum Bestehen der Schwierigkeiten in der Jetztzeit erarbeitet werden müssen. Der Leitfaden für die Tagespolitik müsste sich aus den langfristigen Überlegungen und weniger vom amerikanisierten Quartalsfokus ableiten lassen. Währungs-, Schuldenabbau- und Wachstumspolitik, Einwanderungs- und Asylfragen, Schutz des Kulturlandes, Ernährungssicherheit sowie Energiefragen müssten wohl eine zentrale Rolle spielen. Das kulturelle Selbstverständnis der Gemeinschaft müsste zentral behandelt werden. **Wie wir eines Tages den existenziellen Schwierigkeiten des Alltags gegenüber treten werden, hängt sicher wesentlich von unserem Welt- und Menschenbild und dem innern Zusammenhalt der Gemeinschaft ab.**

Es ist kaum vermessen, wenn man mit grösster Sorge den Verlust der spirituellen Dimension in unserem Volke feststellt. Die Grundsubstanz des «christlichen Abendlandes» macht sichtbar dem materialistischen Besitzdenken Platz.

Dies ist keine gute Basis zur Überwindung der angedeuteten, mit Sicherheit zu erwartenden Schwierigkeiten.

Ökologie als absolute Grundlage

«Die Ökologie ist die Wissenschaft von den Beziehungen der Organismen zueinander und zu ihrer Umwelt. Dabei werden nicht nur die

biologischen und übrigen naturwissenschaftlichen, sondern auch die humanen, technischen, wirtschaftlichen und politischen Aspekte des Lebens im Gefüge der Ökosysteme und der Biosphäre zu erfassen versucht.» Die komplizierte Lebensgemeinschaft aller pflanzlichen und tierischen Populationen (ursprünglich inkl. den Menschen) bildet die **Biozönose** eines Gebietes. Das **Biotop** ist die Gesamtheit aller nichtlebenden Komponenten eines Lebensraumes. **Die menschliche Population ist ein Teil des jeweiligen örtlichen Ökosystems.** Sie ist insofern von überproportionaler Bedeutung, als die moderne, zivilisierte Menschheit das lokale Biotop dauernd verändert, dadurch mittelbar – aber auch unmittelbar – die Biozönose nachhaltig beeinflusst. **Biozönose und Biotop** bilden nun zusammen das **Ökosystem**. Auf dieser Ebene spielt der Mensch eine immer bedeutendere Rolle, je mehr er die natürlichen Regelkreise durch seine natürlichen Produktionskreise zurückdrängt, einengt und überlagert.

Durch die steigenden Eingriffe auf die Verteilungsart und Vorkommensdichte der verschiedensten anorganischen und organischen Stoffen (N, P, K, Ca, Pb, Ra, Pestizide, SO₂, NO und radioaktive Stoffe aller Art) wird das Biotop dauernd beeinflusst.

Die Bedingungen für die darin lebenden pflanzlichen und tierischen Populationen ändern sich grundlegend und andauernd. Schliesslich kann auch der Mensch – am Ende der Nahrungskette – nicht unbeteiligt bleiben.

Durch seine wachsende Anzahl, potenziert mit den zivilisatorischen Bedürfnissen, ist der Mensch zu einem gewichtigen Faktor des Ökosystems geworden. Die menschliche Gesellschaft nimmt diese bestimmende Rolle aber kaum zur Kenntnis.

Die Biosphäre kann als Verbund sämtlicher auf dieser Erde vorhandenen Ökosysteme verstanden werden. Sie wird als seinen Lebensraum bezeichnet.

Valentin J. Oehen,
e. Nationalrat, Köniz

Fortsetzung folgt
in der nächsten Ausgabe.

Die Aktivierung der Ventilklausel ist gut – die Kündigung der Personentfreizügigkeit ist besser!

Neues Parteiprogramm der Schweizer Demokraten

23. März 2013 – Die Schweizer Demokraten (SD) haben eine von rund vierzig Delegierten besuchte ausserordentliche schweizerische Delegiertenversammlung abgehalten. Dabei wurde über die Zukunft der Partei diskutiert und einstimmig ein neues, modernes Parteiprogramm verabschiedet.

Das neue Programm steht unter dem Motto «für ein unbeschränktes Recht auf eigene Identität».

Diese ist durch die multikulturelle Politik hochgradig gefährdet. Das neue Programm beinhaltet zudem viele ökologische Forderungen und wendet sich gegen die Zubetonierung unseres Landes. Des Weiteren wird grossen Wert auf eine soziale Ausrichtung unserer Gesellschaft vor allem zugunsten der einheimischen Bevölkerung gelegt. Das Programm beinhaltet auch ein längeres Kapitel zur wirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Ausrichtung der Schweiz. Die SD haben das neue Programm so gestaltet, dass sie nicht einfach nur als Neinsager-Partei abgestempelt werden können. **Man hat sich sehr**

bemüht, im Programm konkrete Forderungen für die Lösungen anstehender gesellschaftlicher Probleme zu liefern.

Die Schweizer Demokraten positionieren sich damit als nationale, umweltbewusste und soziale politische Kraft.

Name Schweizer Demokraten bleibt

Schon länger hat sich in den ausgedehnten Diskussionen zwischen der Parteileitung, dem Zentralvorstand und den Mitgliedern, welche über 300 Namensvorschläge eingereicht haben, deutlich gezeigt, dass eine Mehrheit den Parteinamen nicht wechseln will. Die statistische Hürde für eine Namensänderung ist mit einem verlangten 2/3-Mehr an der Delegiertenversammlung sehr hoch. An dieser Versammlung votierten ungefähr gleich viele Delegierte für den bisherigen Namen wie für eine neue Bezeichnung. Das bedeutet also, dass die Partei den Namen nicht ändern wird. Eine Namensänderung würde nur Sinn machen, wenn eine überwiegende Mehrheit dahinterstehen könnte. Die Partei,



SD-Delegiertenversammlung, geleitet von e. Nationalrat Rudolf Keller (stehend), SD-Zentralpräsident.

die sich als Opposition und nicht als Regierungspartei versteht, wird künftig vermehrt versuchen, **neue Regionalsektionen und Kantonalparteien aufzubauen und ihr Gedankengut wieder mehr in die Öffentlichkeit zu tragen.**

Ziel ist es, mit dem neuen wegweisenden Parteiprogramm politisch breiter Fuss zu fassen.

Einig ist man sich indessen, dass das Parteilogo neu und moderner gestaltet werden muss. Die politischen Gremien werden sich diesem Thema in nächster Zeit annehmen.

Delegiertenversammlung der SD Schweiz

Katastrophale Auswirkungen der Personenfreizügigkeit

In der Zeitung «Der Sonntag» (= Sonntagsausgabe der Aargauer Zeitung az) äusserte sich deren Chefredaktor Patrik Müller unter dem Titel «Freizügigkeit wird zum Selbstläufer» sehr kritisch über die bereits heute bestehenden Auswirkungen der Personenfreizügigkeit, obwohl dieselbe ja erst seit Kurzem eingeführt worden ist. Die Auswirkungen sind noch viel katastrophaler als wohl selbst die grössten Pessimisten befürchtet hatten. In der Einleitung schrieb Müller wörtlich: «Im vergangenen Jahr (d.h. 2012) kamen rekordviele Arbeitskräfte aus der EU in die Schweiz. **Gleichzeitig nimmt die Arbeitslosigkeit unter EU-Arbeitskräften (ich nehme an, gemeint ist in der Schweiz, der Unterzeichnende) massiv zu (Zitatende).** Weiter im Text schrieb Müller u.a. (Zitat):



EU-Wirtschaftsmigranten kommen in die Schweiz und belasten schliesslich die Arbeitslosenversicherung.

«2012 kamen 55'430 Arbeitskräfte aus den 17 alten EU-Ländern in die Schweiz, womit die Werte der drei Vorjahre nochmals übertroffen

wurden. Dabei behaupteten die Wirtschaftsverbände doch unentwegt: Wenn sich die Konjunktur abschwächt, wird automatisch

auch die Zuwanderung gebremst» (Zitatende). Und über die Portugiesen schrieb Müller (Zitat): «Unter den Portugiesen stieg die Arbeitslosigkeit von 5 auf fast 10 Prozent. Das ist grotesk: **Tausende von Portugiesen, die vorher eingewandert waren, verlieren ihren Job – und dennoch kommen weiterhin Tausende hierher.** (Logisch, denn es ist wohl weltweit bekannt, dass man in der Schweiz die Behörden am leichtesten übers Ohr hauen kann – vorausgesetzt man ist Ausländer, der Unterzeichnende). (Zitatende) Bemerkung zu diesem Artikel aus «Der Sonntag»: Da kann ich nur sagen (gemäss einem berühmten Zitat): «Und der Bundesrat schläft weiter.»

Dr. Dragan Najman, e. Grossrat, Baden

Nur die Schweizer Demokraten (SD) bekämpfen den Wachstumswahn und die Globalisierung!

SD-Marktplatz

Suchen Sie etwas? (ein Handörge-
li oder eine/n Freund/in). **Möchten
Sie etwas verkaufen, vermieten,
verschenken, tauschen usw?**

Rufen Sie uns an und teilen Sie
uns Ihr Anliegen mit. Oder schrei-
ben Sie uns per Briefpost/Post-
karte; noch besser per E-Mail. Der
zu veröffentlichende Text soll **kurz**

und aussagekräftig sein!

Folgende Preise sind für solche
Kleininserate vorgesehen: Bis 7
Zeilen kostet es 25 Franken, 8 bis
15 Zeilen (oberste Grenze) kosten
50 Franken.

Normalerweise wird im Kleininser-
at für die Kontaktaufnahme die
Telefonnummer des/der Auftrag-

gebers/in abgedruckt. Aber andere
Kontaktmöglichkeiten sind auch
möglich (z.B. Postadresse, E-Mail).
Bei ganz persönlichen Dingen ist
ein **Chiffre-Inserat** von Vorteil.
Wir leiten dann die eingegangenen
Briefe an Sie weiter. Bitte Ihre
Postanschrift nicht vergessen. Vol-
le Diskretion zugesichert!

Kontaktadresse: SD-Marktplatz,
Postfach 8116, 3001 Bern

Tel. 031 974 20 10, Fax 031 974 20 11
E-Mail: info@sd-marktplatz.ch

Inserateaufgabe auch direkt mög-
lich auf
www.sd-marktplatz.ch

Wer sucht, der findet!

Dienstleistungen

Steuererklärung 2012. Steuerex-
perte (über 30 Jahre Berufserfah-
rung) füllt Ihre Steuererklärung
bei Ihnen zu Hause (Bern und Um-
gebung) aus und gibt Ihnen ent-
scheidende Steuertipps.
Stundensatz Fr. 80.-.

Telefon 031 941 06 73

E-Mail: j.p.schwab@bluewin.ch

**Wir suchen für unsere solventen
Kunden:**

- Einfamilienhäuser
- Eigentumswohnungen
- Bauland

Telefon 079 454 60 60

E-Mail: gautschi@swissonline.ch

Zu verkaufen

Dr. Herbert Gruhl, MdDB, war in
den 70er-Jahren der führende Um-
weltpolitiker der BRD und erfolg-
reicher Publizist. Sein Bestseller
«Ein Planet wird geplündert» er-
öffnete den Reigen. «Himmelfahrt
ins Nichts» bildete 1992 den Ab-
schluss. Er starb 1993. Seine Bü-
cher sind sein Vermächtnis. **Wer**

**ist interessiert an dieser Samm-
lung?** Preis für alle Bücher.

Region Bern.

Telefon 031 974 28 00

Heftausgabe «D'Ärgera chunt».

Wilde Hochwasser, unheimliche
Tierbegegnungen, Trosselkarren.
Über 50 witzige und nachdenkliche
Anekdoten und Kurzgeschichten
aus der guten alten Zeit. Nur ganz
wenige Exemplare, Fr. 27.- inkl.
Porto und Verpackung. Kanton Fri-
bourg (deutschsprachige Region).

**Bernhard Gauch, Waldweg 5,
1734 Tentlingen**

**Motorrad Chooper Kawasaki VN
750**, nur 24'000 km, 2 Sattelta-
schen, Rückenlehne, Kardanantrieb,
hinten neuer Pneu, MFK neu, Fr.
3950.-, Eintausch von Auto mög-
lich. Stadt Bern.

Telefon 079 304 74 51

**Bio-Knospen Olivenöl und Schwei-
zer Essig** von Waldkirch SG, Region
Ostschweiz,

**Telefon 071 244 72 76 oder
thomas-fischer@bluewin.ch**

Welcher Sammler sucht **Super-8-
Filmgeräte, Kameras, Projektoren,
Betrachter, Schneidegeräte, Kleb-
pressen, Stative, Schwenkköpfe
«Miller», Leerspulen** verschiedene
Größen. Region Luzern.

Telefon 041 280 52 17

Zu vermieten

**Seriöse und preiswerte Mietwagen,
Kleinwagen, Limousine, Kombi,
Van, Roller**, ab Fr. 300.- im Monat.
Die Fahrzeuge können auch pro Tag,
Woche oder Monat gemietet werden;
für die ganze Schweiz. Region Biel.

Telefon 079 408 69 39

Gesucht

Gesucht Heimarbeit: Div. Arbeiten
sind möglich, z. B. montieren, ver-
drahten, löten, drehen, fräsen,
Schildergravuren, kleinere Holzar-
beiten, andere Arbeiten auf Anfrage.
Region Zürich.

Telefon 044 780 39 37

Gesucht – günstig oder gratis:

Fotos, Postkarten, Prospekte, mit
Abbildungen von Menschen, Objek-
ten, Gebäuden, Landschaften usw.
für den Abdruck im «Schweizer De-
mokrat» (Bebilderung von Artikeln).
Kontaktadresse: **SD-Sekretariat in
Bern. Telefon 031 974 20 10,
Fax 031 974 20 11
schweizer-demokraten@
bluewin.ch**

Kaufe von privat **altes Spielzeug** vor
1970: Eisenbahnen, Blechautos,
Flieger, Schiffe, Elastolinsoldaten,
Dinky Toys, Teddybären usw.

Auch alte Ansichtskarten vor 1950,
alte Pfadiabzeichen, Aufnäher usw.,
Region Zürich.

Telefon 079 643 55 64

Stellensuche

Ich will arbeiten! Welcher Schweizer
Unternehmer ist noch interessiert
an einer qualifizierten, tüchtigen
Fachkraft?

Ich bringe 10 Jahre **Erfahrung als
Teamleiterin Back-office und Stv.
des GF** mit. Ich habe eine schnelle
Auffassungsgabe, bin vielseitig inter-
essiert und möchte da arbeiten, wo
CH-Fachkräfte noch gefragt sind.
Gerne wieder im Bürobereich
(Assistenz / Sachbearbeitung /
Teamleitung). Bin auch offen für
neue Aufgaben. Bevorzugt in
folgenden Kantonen: AG/BL/BE/
SO/ZH. Bin mobil.

Telefon 079 640 44 88

E-Mail: puma20@gmx.ch

Bekanntschaffen

Berner, 185/85, 50plus, sucht poli-
tisch interessierte Schweizerin, 30
bis 60 Jahre, mit Freude am Reisen,
Camping, Garten, Schwimmen, Fe-
rien. Bär freut sich auf Deinen
Anruf. Danke zum Voraus.

Telefon 031 333 68 68.

Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen



Bezirk Baden und Umgebung:
Stamm im Hotel «Winkel-
ried», Landstr. 36, Wettingen.
Jeden 1. Dienstag im Monat ab
20 Uhr. Weitere Infos über
Telefon 056 222 68 72.

Fricktal: Stamm am Donnerstag, 9.
Mai, ab 19.30 Uhr im Restaurant
«Weisses Rössli» in Eiken. Weitere
Infos über Telefon 061 871 03 12.



**SD Kanton Bern: Ordentliche
Mitgliederversammlung am
Dienstag, 14. Mai 2013,
19.00 Uhr, selbes Restaurant
wie Höck SD Stadt Bern.**

Weitere Infos über Telefon 079 602
77 41.

SD Stadt Bern:

Höck: (Bei Vorstandssitzungen sind
Gäste stets eingeladen!) im Restau-
rant «Jäger», Murtenstrasse 221,
Bern-Bethlehem.
Postauto Nr. 101, Haltestelle Unter-
mattweg (von dort ca. 1 Minute zu
Fuss). Oder Tram Nr. 8 Richtung
Brünen-Westside, Haltestelle Säge
(von dort etwa 5 Minuten zu Fuss).
Jeden letzten Dienstag im Monat ab
20 Uhr. Weitere Infos über Telefon
031 974 20 10.

Berner Oberland: Höck im Hotel
«Milan» in Ringgenberg. Jeden
1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr.
Weitere Infos über Telefon 033 822
68 62.



Kantonalsektion St. Gallen:
Stamm am Donnerstag, 30.
Mai 2013, ab 19.30 Uhr im Res-
taurant «Dufour» am östli-
chen Ende des St. Galler
Hauptbahnhofs. Weitere Infos über
Telefon 079 639 06 07, abends.



**SD Kanton Zürich: Ordent-
liche Generalversammlung am
Dienstag, 21. Mai 2013,
19.30 Uhr, Hotel Krone Un-
terstrass, Schaffhauserstras-
se 1, Zürich.** Weitere Infos über Te-
lefon 077 444 33 68.

**SD Stadt Zürich: Ordentliche Ge-
neralversammlung am Donnerstag,
6. Juni 2013, 19.30 Uhr, Restau-**

**rant «Falcone» (Falken), Birmen-
dorferstrasse 150, Zürich.**

Winterthur und Umgebung:

Höck im Restaurant «Blume», Wül-
fingerstrasse 236. Jeden 1. Freitag im
Monat ab 20 Uhr (bei einem Feiertag
eine Woche später). Weitere Infos
über Telefon 052 222 55 16.



Höck im Bistro «Spatz»,
Obergrundstrasse 103, Lu-
zern. Jeweils am letzten Don-
nerstag im Monat ab 20 Uhr
(ausser im August und De-
zember). Es ist immer jemand da!
Bus-Nr. 1, 11, 20 ab Luzern Bahnhof
bis Haltestelle Eichhof. Weitere Infos
über Telefon 076 416 17 00.



Kanton Zürich



Votum von Gemeinderat Christoph Spiess

Atomausstieg ja, aber unter möglichster Schonung von Natur und Landschaft!*Sinngemässe Wiedergabe eines frei gehaltenen Votums.*

Mit der Atomkatastrophe in Japan ist endgültig klar geworden, dass der Ausstieg aus der Atomenergie nötig ist, weil diese Technologie zwar sehr sicher, das verbleibende Restrisiko aber trotz allem viel zu gross ist. Es wird aber nicht einfach sein, die 40 Prozent Atomstrom rechtzeitig durch Strom aus erneuerbaren Energiequellen zu ersetzen.

Dies gilt umso mehr, als hierzulande die Bevölkerung und die Wirtschaft ständig aufgebläht werden. Das braucht auch mehr Strom und macht unsere ehrlichen Bemühungen, Energie zu sparen, laufend wieder zunichte.

Man will ja zudem wegen des CO₂-Ausstosses auch noch Benzin- und Dieselfahrzeuge durch Elektroautos ersetzen, was ebenfalls den Strombedarf erhöht.

*Mit dezentralen Anlagen zum nachhaltigen Atomausstieg.***Erneuerbare Energien vs. Landschaftsnutzung**

Mit dem Hunger nach Strom aus erneuerbaren Energiequellen wächst leider auch der Druck auf Natur und Landschaft. **Wir können beispielsweise die gigantischen Windräder zur Stromproduktion nicht**

in der Nordsee platzieren, wie es die Deutschen tun, sodass man davon nichts sieht. Bei uns müssen sie auf den Bergkämmen gebaut werden, wo der Wind am stärksten bläst – und die Landschaftverschandelung am schlimmsten ist. Ein ähnliches Problem besteht bei den Pumpspeicherwerken, die

dazu dienen, den Spitzenbedarf abzudecken. Dazu müssen die Stauseen in den Bergen massiv ausgebaut werden. Der Preis ist eine enorme Landschaftszerstörung. Uns Schweizer Demokraten ist bewusst, dass es nicht ohne gewisse Kompromisse beim Natur- und Landschaftsschutz möglich ist, den Atomausstieg zu schaffen. Wir möchten aber mit unserem Vorstoss erreichen, dass sich das EWZ darum bemüht, die Schäden möglichst gering zu halten.

Dies ist am ehesten möglich, wenn nicht wenige grosse Kraftwerke erstellt, sondern dezentral viele kleine Anlagen gebaut werden, vor allem Solaranlagen.

Wir danken Ihnen für die Unterstützung unseres Postulats.

Hinweis: Das Postulat wurde mit 64 (SD, SP, GP, CVP, EVP) gegen 52 Stimmen (SVP, FDP, GLP, AL) angenommen.



Kanton Bern

**Verschärfung des «Hooligan-Konkordats» – SD unterstützen Referendum**

Die Schweizer Demokraten (SD) des Kantons Bern unterstützen das von diversen Berner Fanorganisationen ergriffene Referendum gegen den Ausbau des sogenannten «Hooligan-Konkordats». Dieses enthält neben akzeptablen oder gar notwendigen Instrumentarien auch einzelne Bestimmungen, die klar über das Ziel der Gewalteinämmung hinausschiessen.

So würde etwa bei Hochrisikospielen ein generelles Alkoholverbot verfügt, wobei sich potentielle Randalierer bereits auf dem Weg zum Stadion mit den entsprechenden Utensilien eindecken könnten.

Andererseits ist die geplante Massnahme zur Gewaltverhinderung bei der Anreise mittels Kombiticket nicht praxistauglich. YB- oder SCB-Fans, die beispielsweise in Luzern wohnen und ein Auswärtsspiel in Zürich besuchen möchten,

müssten demnach den Hinweg aufgrund der angestrebten Kollektivkontrolle mit demselben vorgegebenen Zug wie die organisierten Fangruppierungen zurücklegen.

Somit werden solche Zuschauer gezwungen, mit ihrem Kombiticket zuerst nach Bern zu fahren, obwohl logischerweise ein anderer Weg zum Stadion des Auswärtsklubs kürzer ist.

Diese Bestimmung stellt für die Privatperson einen logistischen Unsinn dar. Die SD erkennen durchaus das Problem des Hooliganismus und lehnen weitere Reformen keineswegs kategorisch ab. Vergangene Ereignisse weisen darauf hin, dass auch repressive Massnahmen nötig sind. Diese sollten jedoch im Gegensatz zum vorgelegten Gesamtpaket hilfreich und umsetzbar sein.

*Andreas Beyeler,
Präsident SD Kanton Bern, Worben*

Das Testament – Die letztwillige Verfügung*Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten*

Wie andere Vereine und Parteien auch, sind wir auf grössere Zuwendungen lebensnotwendig angewiesen. Spenden helfen uns weiter! Aber leider reichen diese nicht aus, um unseren Finanzbedarf zu decken. Wir gehen sehr sparsam und sorgfältig mit dem gespendeten Geld um. Ausser drei Personen (dem vollamtlich angestellten Zentralsekretär und zwei Leuten, welche nebenberuflich wichtige Arbeiten für uns erledigen) bezieht niemand bei uns Geld. Auch beispielsweise der Zentralpräsident und die Kantonalpräsidenten arbeiten bei uns ehrenamtlich. Nur so können wir unseren politischen Kampf überhaupt weiterführen.

Uns helfen auch Beträge, welche aus testamentarischen Verfügungen kommen. Überlegen Sie sich deshalb, ob Sie uns auf diesem Wege unterstützen können! Sie helfen so uns als Partei – aber vor allem tun Sie damit etwas für Volk und Heimat! Sie leisten also Hilfe für einen guten Zweck, eine gute Sache.

Deshalb: Haben Sie also auch schon daran gedacht, die **SCHWEIZER DEMOKRATEN** in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Zentralsekretariat berät Sie gerne kostenlos:

Schweizer Demokraten SD

Postfach 8116, 3001 Bern

Telefon 031 974 20 10, Telefax 031 974 20 11

schweizer-demokraten@bluewin.ch

Sie können sich aber auch an den Zentralpräsidenten wenden:

Rudolf Keller, Adlerfeldstrasse 29, 4402 Frenkendorf,

rudolf.keller@bluewin.ch



Oui à la modification de la loi sur l'asile

Le 9 juin prochain, outre l'initiative populaire sur l'élection du Conseil fédéral par le peuple, nous sommes appelés à voter sur une nouvelle modification de la loi sur l'asile (LAsi). A vos agendas! Nous avons la ferme intention de contribuer à l'acceptation massive de cette modification, qui renforce la protection contre les abus à deux égards surtout: d'une part, il ne sera plus permis de déposer une demande d'asile auprès d'une représentation suisse à l'étranger; d'autre part, le refus de servir et la désertion ne seront plus considérés comme des motifs d'asile.

Cette modification de la loi sur l'asile a été adoptée par les Chambres fédérales le 28 septembre 2012. Déclarée urgente, elle est entrée en vigueur le lendemain du vote, indépendamment du référendum. Il s'agit de mesures de simple bon sens, qui auraient dû être approuvées depuis longtemps déjà et qu'aucune personne raisonnable ne peut refuser. Le Conseil fédéral expose de manière convaincante les motifs pour lesquels ce renforcement de la loi sur l'asile est nécessaire (<http://www.admin.ch/ch/f/ff/2010/4035.pdf>). L'ancienne loi, du 5 octobre 1979, est entrée en vigueur le 1er janvier 1981. C'est depuis ce moment que les graves problèmes ont commencé. On peine à compter les révisions du droit de l'asile adoptées depuis les années 1980, tant elles sont nombreuses, mais il y en a eu au moins dix. Si l'ouvrage doit sans cesse être remis



sur le métier, c'est qu'il y a un gigantesque problème non résolu. A ce jour, toutes les réformes de l'asile ont consisté à renforcer la lutte contre les abus. A nouveau, un référendum (muni de 63'666 signatures valables) a été déposé contre un renforcement de la loi. Une fois encore, les milieux de l'asile brassent du vent et agissent contre l'intérêt de notre pays. Jusqu'à présent, tous ces référendums ont échoué en votation; les réformes ont, sans exception, été plébiscitées à des majorités écrasantes (de l'ordre de 70%) et, soit dit en passant, chaque fois à l'unanimité des cantons (votations populaires des 5 avril 1987, 4 décembre 1994, 13 juin 1999 et 24 septembre 2006). Un nouveau triomphe en votation populaire renforcerait la volonté, même insuffisante, du Conseil fédéral et des Chambres fédérales de lutter contre les abus en matière d'asile. Il faciliterait en ou-

tre les nouvelles mesures nécessaires dans ce domaine. Puisque la pression migratoire reste importante à notre frontière. Tous ces renforcements successifs vont dans le sens des mesures que nous proposons depuis des dizaines d'années. Les faits nous ont donc donné raison.

Les problèmes de l'asile ne seront toutefois pas résolus le 9 juin 2013. Preuve en soit que la loi a encore été renforcée récemment, le 14 décembre 2012 (<http://www.admin.ch/ch/f/ff/2012/8943.pdf>), donc durant le délai référendaire de la précédente modification, celle sur laquelle nous votons le 9 juin prochain. On n'en finit jamais. A l'avenir, il s'agira en particulier d'accélérer et de simplifier les procédures, ainsi que d'intensifier les renvois. Le Conseil fédéral s'y est engagé. Qu'il en soit remercié. Mais nous attendons les actes, afin de diminuer une fois pour toutes

l'attractivité de la Suisse. Il s'agira aussi d'exclure – enfin – l'octroi d'une autorisation de séjour à des requérants dont la demande a été rejetée ou frappée de non-entrée en matière et de restreindre dans une plus large mesure leur accès au marché du travail, en particulier pour éviter que de l'argent ne soit envoyé à l'étranger et ne serve à faire venir de nouveaux immigrants et à alimenter ainsi les réseaux de passeurs. Plus important encore: la surveillance de la frontière.

Nous sommes actuellement confrontés à un grave problème de criminalité d'individus venus d'Afrique du Nord en 2011–2012.

Si la frontière avait alors été plus efficacement contrôlée, notamment dans la région de Chiasso, nous n'en serions pas là actuellement, puisque ces migrants débarqués à Lampedusa auraient été refoulés séance tenante vers l'Italie. Il va sans dire qu'il sera difficile de les expulser dorénavant. Il s'agira enfin de faire comprendre aux Etats africains concernés (la Tunisie, notamment) que des bonnes relations avec notre pays, notamment pour la restitution des fonds déposés dans nos banques, présupposent une coopération active et durable de leur part au rapatriement des requérants indésirables. Une acceptation massive de la modification de la loi ne pourrait que favoriser ce processus ô combien nécessaire. Pour toutes ces raisons, nous vous demandons de voter OUI le 9 juin.

DS-Vaud

Chères lectrices, chers lecteurs,

La deuxième réunion des lecteurs du SD se tiendra **le dimanche 19 mai à 10 h au salon n°2 du Buffet de la Gare de Lausanne.**

Vous aurez l'occasion de vous procurer la traduction en français des éditoriaux du 1er trimestre 2013 de notre mensuel. Ces articles sont essentiels et nous servent de «fil rouge» pour notre engagement politique.

Nous espérons que vous serez de plus en plus nombreux à participer à nos rencontres. Elles sont importantes pour le renouveau de notre formation.

Je tiens à préciser que si nous demandons 10 fr. par personne pour participation aux frais d'organisation, cela est dû au fait que nous ne disposons d'aucun budget à cet échelon pour nos activités.

Lors de cette réunion nous mettrons en place un comité allégé qui aura la fonction de gérer nos activités futures au niveau romand. Nous aurons plaisir à vous présenter son mode de fonctionnement. Dans l'attente de vous rencontrer nombreux le dimanche 19 mai 2013 à Lausanne, je vous adresse mes salutations patriotes.

Ordre du jour

- 10h30 enregistrement des participants et café
- 10h30 1. ouverture de la séance et analyse des votations du 3 mars 2013 par Théodore Jovanovitch
- 2. compte-rendu de l'Assemblée des Délégués
- 3. présentation des sujets soumis à votation le 9 juin 2013 et prises de position du Comité Central par M. Adrian Pulver, Secrétaire central DS
- 4. planification des actions mois de mai-juin 2013
- 11h30 pause de midi

- 13h30 Reprise de l'assemblée
- 5. comment créer un groupe cantonal
- 6. paroles aux lecteurs (propositions) à nous remettre sur place par écrit et avant le début de la réunion
- 14h30 pause
- 7. questions écrites à nous remettre sur place pendant la pause
- 8. clôture de la séance et verrée de l'Amitié.

Les consommations et repas sont à la charge des participants. Participation aux frais d'organisation 10 fr. par personne.

Théodore Jovanovitch

Offizielles Organ der Schweizer Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:
Adrian Pulver,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)
Rudolf Keller, e. Nationalrat/
e. Landrat, Frenkendorf
Dr. D. J. Najman, e. Grossrat, Baden
Valentin J. Oehen, e. Nationalrat,
Köniz



Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.-
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung
- Ex. SD-Zeitungen zum Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Aussenpolitische NR-Kommission hat nichts gelernt

Die Schweizer Demokraten (SD) sind enttäuscht aber wenig überrascht ob dem Entscheid der ausserpolitischen Kommission des Nationalrats zugunsten einer deregulierten Personenfreizügigkeit (keine Anrufung der Ventilklausel). Erneut wuchs im Jahr 2012 die gesamte Bevölkerungszahl der Schweiz um 73'000 Personen, was etwa der Einwohnerschaft der Stadt St. Gallen entspricht. Die Mehrheit der Bundesratsparteien zeigt seit

jeder wenig Bereitschaft, diese Dauerproblematik an der Wurzel anzupacken und **begnügt sich höchstens mit Symptombekämpfung wie den diversen flankierenden Massnahmen.** Für die SD stellt eine konsequente Zuwanderungseindämmung die einzig taugliche Lösung dar. Jegliche Immigration im Rahmen des Personenfreizügigkeitsabkommens **dient lediglich dem quantitativen Wirtschaftswachstum und somit der Verbeto-**

nierung und Zersiedelung unseres Landes. Dabei ist sogar die Ventilklausel als Regulierungsinstrument kein heilbringendes Mittel.

Für die Schweizer Demokraten kann das anzustrebende Ziel nur darin bestehen, die Personenfreizügigkeit mit der EU vollends zu künden.

*Adrian Pulver,
SD-Geschäftsführer, Bern*

* * * * *

Talon bitte einsenden an

**Schweizer Demokraten (SD), Postfach 8116, 3001 Bern
oder mailen an schweizer-demokraten@bluewin.ch**

* * * * *

Ich melde folgende Adresse für ein Probeabonnement:

Name/Vorname: _____

Strasse/Hausnummer: _____

Postleitzahl/Wohnort: _____

Meine Adresse: _____

Ich möchte dem 500er-Klub beitreten:

Name/Vorname: _____

Strasse/Hausnummer: _____

Postleitzahl/Wohnort: _____

Persönliche Angaben (fakultativ) _____

Ich schlage folgende Idee für ein Jahrestreffen der 500er-Klub-Mitglieder vor:

Ich habe weitere Vorschläge und Bemerkungen zur besseren Finanzierung unserer Partei:

Absender: Name/Vorname/Ort/Unterschrift: _____

* * * * *